

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 18 (1977)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die Rolle des SOI : der TV-Beitrag und sein Wahrheitsgehalt  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094857>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Kommentar**

G2W wertet nicht nur Zeitungen und Zeitschriften aus dem Ostblock aus, sondern gibt auch Schriften aus dem politischen Untergrund weiter. Problematisch bei dieser Tätigkeit ist lediglich die einseitige geographische und damit auch politische Ausrichtung.

Wie nahe bei einer solch einseitigen Fixierung auf einen politischen Raum die Gefahr ist, zum ideologischen Propagandainstrument zu werden, zeigte die Demonstration für die verfolgten Christen im Ostblock, die unter Beteiligung von G2W im Herbst 1975 in Zürich stattfand. Einsatz für die Verfolgten oder politische Manifestation? Kampf für Menschenrechte oder Kalter Krieg?

**Pfarrer Hansjürg Stüchelberger** (Archivfilm 1975)

«... Gott hat uns ein herrliches, ein freies Land gegeben. In der UdSSR wurde Georgij Vins, der Leiter der Evangeliums-Christen-Baptisten, zu fünf Jahren Arbeitslager und zu fünf Jahren Verbannung verurteilt, zur Beschlagnahme seines Besitzes. Seine Frau besitzt, nachdem man ihr die Arbeitserlaubnis entzogen hat, zusammen mit ihren fünf Kindern noch ein Bett, sechs Stühle und einen Tisch, und man hat ihr verboten, die Äpfel zu verkaufen, die auf ihrem Garten wachsen. Das macht uns klar, was für eine Freiheit Gott uns geschenkt hat.»

**Kommentar**

Der Kampf um die Menschenrechte darf nicht in Selbstgefälligkeit und einseitiges politisches An-

prangern ausarten. Jeder Einsatz ist wertvoll; wenn sich über christliche Organisationen um den Atheisten Bukowskij bemühen, um politische einseitige Einsätze zu leisten, muss man um Bukowskij's ureigenes Anliegen fürchten, den Kampf für die Menschenrechte in der ganzen Welt.

**Hans-Ulrich Büschi** (Mundart)

«Die Gefahr, dass derartige Persönlichkeiten wie Bukowskij oder aber auch Solschenizyn zu politischen und auch propagandistischen Zwecken missbraucht werden, diese Gefahr ist recht gross. Es hat derartige Beispiele schon früher gegeben, ich denke zum Beispiel an den Sowjetemigranten Krawtschenko, der seinerzeit mit seinem Buch 'Ich wählte die Freiheit' von sich reden machte und Furore machte. Mit einer einseitigen Ausnutzung, ja manchmal könnte man sogar von einer Art Ausbeutung derartiger Persönlichkeiten sprechen, erweist man aber der Sache an und für sich, nämlich den Grundfreiheiten und den Menschenrechten, keinen guten Dienst. Denn es ist leider so, diese Grundfreiheiten und Menschenrechte werden überall auf der Welt, im Norden so gut wie im Süden und im Westen ebenso gut wie im Osten, immer wieder verletzt und missachtet, unabhängig davon, was für Ideologien und Glaubensbekenntnisse in den verschiedenen Staaten vorherrschen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns daran erinnern, wenn wir uns mit Bukowskij und seinen Schicksalsgenossen beschäftigen.»

«Wir denken an die Freiheit für alle in der Welt, verstehen aber, dass ein Chilene, wenn er die Möglichkeit erhält, öffentlich aufzutreten, in erster Linie über Chile spricht, ein Indonesier über Indonesien, ein Spanier über Spanien. Warum wundert sich denn Prof. (Lucio Lombardo) Radice (in TV-Besprechung für die italienische KP-Zeitung «Unità»), dass ich über die Verletzung der Menschenrechte in der UdSSR sprach und nicht über die Menschenrechtsverletzungen in andern Ländern?»

**Andrej Amalrik in einem Brief an die «Unità», erschienen (russ.) in «Kontinent», Nr. 10/1976**

ben). Weiter unten ist von der Fragwürdigkeit der Zusammenarbeit mit Organisationen wie SOI usw. die Rede. Im abschliessenden Votum von Büschi, der vor der Gefahr warnt, dass Persönlichkeiten wie Bukowskij zu politischen und propagandistischen Zwecken missbraucht werden, darf man (oder muss man vielmehr nach dem Vorausgegangenen) das SOI als impliziert betrachten.

Auskunftsperson für die behauptete Rolle des SOI im behaupteten Missbrauch von Bukowskij ist Heiner Schoch, Pressesprecher von AI und Redaktor am «Tages-Anzeiger» (TA). Seine Darstellung wird im ganzen Beitrag als gültig hingenommen. Obwohl sie falsch ist.

Das SOI hat in dieser ganzen Angelegenheit von Betreuung oder Betreuungsanmassung überhaupt keine Rolle gespielt. Nicht die geringste.

Aber Schoch «präzisiert» ja: Das Ost-Institut hatte durch personelle Verbindungen mit Herrn Bukowskij Kontakt (was Schoch im TA vom 17. 1. 1977 schriftlich wiederholt hat). Nun, das SOI hatte das nicht. Aber dafür haben oder hatten zwei SOI-Mitarbeiter «personelle Beziehungen» zu Bukowskij: Valerij Tarsis und seine Frau Hanni Tarsis.

Und wenn ich jetzt sage, welcher Art diese Kontakte sind, wird man die Redlichkeit dieses TV-Beitrags ungefähr sehen können; eigentlich ist es unglaublich:

Frau Tarsis kam zu ihrem einzigen persönlichen Kontakt mit Bukowskij in ihrer Eigenschaft als Dolmetscherin. Aus Anlass eben dieses TV-Beitrags, der hier zur Diskussion steht. Auf Veranlassung eben jenes Herrn Balz Hosang, der dann bei Schoch die Information über die «personellen Beziehungen» einholte. Er brauchte einen Uebersetzer für sein Interview mit Bukowskij, und er hat Frau Tarsis dazu engagiert. Privat.

Ja, Sie haben richtig gelesen. Balz Hosang selber hat den persönlichen Kontakt hergestellt, den er dann (immer noch in einer falschen Uebertragung) dem SOI anlastet.

(Uebrigens: Dass die Uebertragung der Person auf die Institution falsch ist, hat ihm Frau Tarsis bei dieser Gelegenheit gesagt. Er hat also auch das gewusst. Und nicht erst bei der Zusammenstellung seines Beitrags. Sondern schon zum Zeitpunkt, als er sich bei Herrn Schoch «informierte».)

Und was jetzt Valerij Tarsis angeht, so wird die Geschichte fast noch schöner, wenn auch auf eine ganz andere Weise. Wissen Sie, welcher Art die personellen Beziehungen von Tarsis zu Bukowskij sind? Nun, die beiden sind Freunde aus ihrer gemeinsamen Moskauer Zeit vor elf, zwölf Jahren!

**Der TV-Beitrag und sein Wahrheitsgehalt****Die Rolle des SOI**

Der oben vorgestellte Beitrag der Sendung CH-Magazin vom 11. Januar bringt unter anderem das Schweizerische Ost-Institut (SOI) zur Sprache. Wir wollen uns zunächst dazu äussern. Dabei geht es uns um folgende Punkte: 1. Die TV-Sendung enthält eine unrichtige Aussage gerade in jenem Punkt, der als Aufhänger dient, das SOI überhaupt ins Spiel zu bringen. 2. Bei Mitarbeitern des SOI wird eine Rolle impliziert, die sie nicht hatten; dafür werden ihre wirklichen Beziehungen einmal zum «Fall Bukowskij in der Schweiz» und einmal zur Person Bukowskij's unterschlagen. 3. Das SOI wird aus einem Anlass, der keiner war, nicht vorgestellt, sondern etikettiert.

Der Beitrag wurde im Rahmen einer innenpolitischen Sendung ausgestrahlt. Sein Traktandum ist denn auch innenpolitischer Natur. Thema ist, wie aus dem Vorspann hervorgeht, das «Gerangel» um Bukowskij in der Schweiz.

**Falschinformation als Ausgangspunkt**

Hans-Ulrich Büschi kommt nach seinen einleitenden Worten über Bukowskij (der an dieser Stelle als Regimekritiker — richtig wäre auch «Systemkritiker» gewesen — genannt wird, später aber in dieser Eigenschaft die Sendungsgestalter nicht mehr interessiert) auf dieses Anliegen zu sprechen. Mit der Ankündigung, Balz Hosang habe «gleichzeitig die Frage untersucht, wer die Leute sind, die sich Bukowskij's angenommen haben».

Schon das ist — wie wir noch sehen werden und wie Büschi hätte sehen können — nicht richtig. Tatsächlich hat sich Hosang weniger mit Leuten

als mit Institutionen befasst. Und er hat diese nur ansatzweise bis gar nicht untersucht. Er nennt das (Schweizerische) Ost-Institut und begnügt sich dabei mit der Charakterisierung «rechtsstehend», die er sich als Auskunft von dritter Seite geben lässt. Und er übersieht in diesem Fall, dass das von ihm solcherweise recherchierte Objekt mit der deklarierten Thematik der Sendung überhaupt nichts zu tun hat. Das Ost-Institut hat sich nämlich Bukowskij's gar nicht angenommen. Die «Untersuchung» hat bei diesem Beispiel ganz einfach eine Falschinformation zur Voraussetzung.

**«Personelle Beziehungen»**

Das SOI wird im Gespräch zwischen Balz Hosang (TV) und Heiner Schoch (Amnesty International/AI) unter den Organisationen aufgezählt, die sich um Bukowskij bemühen (und dabei, wie aus dem zuvor gesprochenen Kommentar hervorgeht, die AI in eine Statistenrolle gedrängt ha-

(V.T. hat im ZeitBild Nr.9/1971 darüber berichtet. Bevor Bukowskij publizistisch «in» war. Nachher nicht mehr. Und das SOI hat dieses persönliche Motiv auch nicht verwendet.)

Und diese «personelle Beziehung» ist beim schweizerischen Aufenthalt von Bukowskij nicht einmal zum Tragen gekommen. Natürlich wird Tarsis seine Freundschaft zu Bukowskij gern wieder erneuern. Es kam bisher nicht dazu. Wegen des «Gerangels». Zur einzigen kurzen Begegnung kam es bei jener gleichen Gelegenheit, die Hosang herbeigeführt hat. Tarsis konnte nicht erst in eine «Statistenrolle» gedrängt werden. Weil er sich nicht einmal unter Beanspruchung von persönlichen Freundschaftsrechten in jenen hektischen Tagen vordrängen wollte. Er überliess Bukowskij den Ansprüchen der Öffentlichkeit, wie z. B. TA und TV.

Und jetzt, was das SOI angeht: Es hat nicht den geringsten Versuch gemacht, die personellen Beziehungen zwischen seinen Mitarbeitern und Bukowskij auszunützen. Die erste Verwendung dieses Motivs seit Bukowskij's Anknunft in der Schweiz geschieht jetzt, mit diesem Text. Wir brachten im ZeitBild einen rein politischen Kommentar zum «Austausch» (sollte das etwa der «propagandistische Missbrauch» sein, Herr Büschi, die Beanspruchung der Meinungs- und Pressefreiheit?), et voilà tout.

Und jetzt möchte ich von den TA- und TV-Redaktoren eigentlich gerne wissen, wie sie das gehandhabt hätten, wenn sie unter ihren Mitarbeitern einen persönlichen Freund Bukowskij's

## Schock im Exil

«Ein normaler Mensch, der erstmals aus der totalitären Welt in den Westen gelangt, fühlt sich hier lange wie in einer verkehrten Welt. So ungewohnt erweisen sich in dieser Gesellschaft, die ihm neu ist, alle moralischen, geistigen und politischen Wertmassstäbe, Kriterien und Prämissen.

In seiner Unerfahrenheit geht es ihm zum Beispiel nur mühsam in den Kopf, warum in Frankreich ein Jean-Paul Sartre, der seinerzeit als Apologet der sowjetischen Konzentrationslager auftrat und sich heute als Vertreter der extremsten sozialen Gewalt vorstellt, ein 'progressiver und fortschrittlicher Intellektueller' ist, während der Dramatiker Eugène Ionesco (...), der sich für die repräsentative Demokratie und für geistige Freiheit einsetzt, in der Liste der 'äusserst rechtsstehenden Reaktionen' eingetragen ist. (...) Unverständlich ist dem Neuling im Westen ferner, wieso eigentlich der (...) 'Stern'-Chefredaktor Henri Nannen, der seinerzeit zu den führenden Propagandisten Göbbels gehörte und heute recht sowjetfreundliche Dinge veröffentlicht, in seiner Heimat als «linker» Publizist seine gute Reputation hat, wogegen Bernhard Löwenthal, der seinerzeit in den Hitlerschen Konzentrationslagern eingesperrt war und heute in seiner Fernsehsendung die Andersdenkenden in der UdSSR und Osteuropa verteidigt, (...) als wütender Konservativer und Dunkelmann behandelt wird. (...)

Zum Glück überwinden die meisten der Neugekommenen diesen psychologischen Schock rasch und bekennen sich auch hier weiterhin zu jenen moralischen und gesellschaftlichen Grundsätzen, für die sie schon in ihrer Heimat eingestanden waren.»

Wladimir Maximow in  
«Kontinent» (russ.), Nr. 10/1976

## Zur politischen Haltung des SOI

Wie versteht das «rechtsstehende» Schweizerische Ost-Institut seine politische Grundhaltung selber?

Eine ausführliche Selbstdarstellung ist 1970 als Arbeitsheft des SAD (Schweizerischer Aufklärungsdienst, Zürich) erschienen. Hier ist auch der Artikel «Die Grundlagen des Antikommunismus» abgedruckt, den wir in unserer Zeitung am 8.3.1967 veröffentlicht hatten; wir bringen eine Stelle daraus.

Der Antikommunismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Ideologie, sondern eine gegenüber der kommunistischen Aggression besonders formulierte Haltung der Freiheit und Toleranz. Gegenüber andern konkreten Bedrohungen der Freiheit und Toleranz sind andere ebenso klare Haltungen zu formulieren, zum Beispiel Antinationalsozialismus oder Antifaschismus.

Wenn wir die Freiheit als persönliche Zuständigkeit zur sittlichen Entscheidung definieren und aus Toleranz diese Zuständigkeit jedem Individuum zubilligen, so folgt daraus, dass ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch keine Glaubensinhalte

irgendwelcher Art bekämpft. Er mag einigen zustimmen, er mag andere ablehnen; er mag seine Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Glaubensinhalte öffentlich bekunden: nie aber wird er mit Gewalt gegen Glaubensinhalte vorgehen, die ihm nicht zusagen.

Gerade darum muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch es jedem andern versagen, Glaubensinhalte irgendwelcher Art mit Gewalt durchzusetzen. So wäre etwa mit jedem zulässigen Mittel gegen ein ausserhalb des Notstandes beabsichtigtes Verbot der PdA zu kämpfen, freilich ohne glauben zu müssen, was sie propagiert.

Hier findet der Antikommunismus als Widerstand seinen Ursprung und zugleich seine Rechtfertigung. In erster Linie geht es ihm nicht um die kommunistischen Glaubensinhalte, sondern um die Methoden ihrer Verwirklichung. Ist der Nachweis einmal erbracht, dass Gewalt zur Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte angewendet wird, so muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch Antikommunist werden. Nicht im Namen irgendwelcher anderer Glaubensinhalte oder sogenannter positiver Ideen und Werte, wie unüberlegt allzu oft gefordert wird. Sondern lediglich im Namen der Glaubensformen Freiheit und Toleranz.

gehabt hätten. Ganz sicher nicht so idiotisch passiv, wie? Eben: Das SOI ist sozusagen bis zur Selbstverleugnung abseits gestanden. Niemand von uns wollte für uns Kapital aus einer Angelegenheit schlagen, bei der es vordringlich darum ging, dass Bukowskij in seinem öffentlichen Anliegen zur Geltung kam und nicht in unserem SOI-Interesse. (Und dass sein persönlicher Erholungsanspruch geachtet wurde.)

So. Und jetzt ergibt sich doch wohl, dass bezüglich der SOI-Einmischung zu «Bukowskij in der Schweiz» der fragliche TV-Beitrag eine Umkehrung des Sachverhalts vorgenommen hat, die totaler fast nicht sein könnte.

## Etiketten

Die Rolle des SOI laut diesem TV-Beitrag ist das eine. Das andere ist die von den Sendungsverantwortlichen deshalb für nötig befundene politische Einordnung des SOI zuhanden der Fernsehzuschauer. Zuständige Auskunftsstelle ist auch dafür Heiner Schoch. Er situiert das SOI mit dem Ausdruck «rechtsstehend», was genügt. Natürlich, ohne uns damit etwa anzuschwärzen, bewahre. Was kann die TV schon dafür, wenn die Zeitungen, die diesem Beitrag engagiert zustimmten, bei ihrer Besprechung den Ausdruck ihren Lesern als «rechtsausen» weitergaben (z. B. «National-Zeitung» vom 13.1.1977), was kann sie dafür? Immerhin sind auch die Sendungsgestalter der ausgedrückten Ansicht, dass eine «rechtsstehende» Organisation für Zusammenarbeit mit Bukowskij disqualifiziert ist. Und solche Zusammenarbeit ist für die Menschenrechte abträglich; da gerät man in einen Beziehungskonflikt. Die nächste Sendung wird vermutlich «linksstehenden» Organisationen die Qualifikation absprechen, mit chilenischen Regimekritikern in Kontakt zu treten, oder doch nicht?

Aber: Das ist eine Analogie, die wir nur den Sendungsverantwortlichen als Denkanstoss offerieren, in Konsequenz ihrer eigenen Argumentation. Für uns gilt die Analogie nicht. Wir selber akzeptieren nämlich den Ausdruck «rechtsstehend» für das SOI nicht. Zunächst formell: Das SOI ist, soweit es um demokratische Parteien

geht, parteipolitisch neutral. Unter unsern schweizerischen Mitarbeitern befinden sich denn auch (soweit ich beiläufig weiss; bei uns hat niemand seine allfällige Mitgliedskarte vorzulegen) Angehörige mindestens von SP, FDP und SVP.

Und jetzt inhaltlich: Das SOI bekennt sich zu einer entschiedenen und engagierten Einordnung. Aber sie ist nicht zwischen «rechts» und «links» zu orten, sondern zwischen pluralistischer Demokratie, die wir verteidigen, und totalitärer Diktatur, die wir bekämpfen (und selbstverständlich bekämpfen wir auch ihre Propagierung). Und unter Totalitarismus wiederum verstehen wir das, was Nationalsozialismus und Kommunismus gemeinsam haben. (Und Totalitarismus ist ferner, in diesem Zusammenhang nicht so nebenbei gesagt, das, was die Menschenrechte am systematischsten unterdrückt.) Oder, um es mit den Worten von Anatolij Kusnezow zu sagen, die wir uns schon wiederholt als Motto zu eigen gemacht haben: Unser Vorurteil ist der Hass auf den Faschismus in allen seinen Formen.

In dieser universalen (und universal menschenrechtlichen) Einordnung nun sind wir auf den Kampf gegen den Faschismus in seiner Form der totalitären kommunistischen Diktatur spezialisiert. Und in diesem Sinne sind wir Antikommunisten. Was das für uns bedeutet, und was es nicht bedeutet, sagen wir separat (Kasten «Zur politischen Haltung des SOI»). In seiner wissenschaftlichen Arbeit ist das SOI auf den (kommunistisch regierten) Osten ausgerichtet, wie vermutlich ein Afrika-Institut auf Afrika ausgerichtet ist.

Im übrigen empfinden wir unsere Spezialisierung auch als die dringlichste Aufgabe im universalen Kampf gegen die Diktatur. Die Apartheid-Diktatur in Südafrika hat keine Zukunft und schon gar keine universelle. Die kommunistische Diktatur hat sie vorläufig.

Um jetzt das alles «Bukowskij-bezogen» zu sagen: Wir haben die weltanschauliche Grundlage zur Solidarität mit seinem universalen Anliegen. Und wir haben die spezielle Qualifikation zur Unterstützung seines spezifischen Kampfes noch dazu. Die TV-verkündete Disqualifikation ist

also ungültig. (Leider kann sie trotzdem von vielen Zuschauern übernommen werden, die nur jene Darstellung kennen. Die Möglichkeiten des TV-Monopolmediums sind halt gross.)

\*

Wenn Heiner Schoch eine direkte Auskunft über das SOI gibt, so vermittelt er indirekt noch eine zweite. Er nennt sowohl das SOI als auch Radio Liberty rechtsstehend, fügt aber bei, bei RL sei zu differenzieren, weil man dort eine gute Research-Arbeit leiste. Ergo: im Unterschied zum SOI.

Nun, vielleicht sieht sich Schoch einmal unsere wissenschaftlichen Publikationen mit ihren Quellenangaben an. Oder falls ihn das Thema interessiert, in unserer Zeitschrift zum Beispiel die Serie über Menschenrechte in der UdSSR («Menschenrecht contra Sowjetrecht», ZB, Nrn. 11—20/1974), alles mit der sowjetischen Normengebung belegt; eine ziemlich präzedenzlose Sache.

#### Ist Sacharow auch «rechtsstehend»?

«Indem ich auf allgemeinere Probleme zurückkomme, möchte ich noch eine zentrale These meines Buches unterstreichen. Alle Menschen im Westen müssen die Einigkeit und Stärke des Westens angesichts der totalitären Bedrohung unterstützen – zugleich mit beharrlichen Bemühungen um eine ausgewogene Abrüstung und allseitige Zusammenarbeit mit der Zweiten und Dritten Welt.»

**Andrej Sacharow: Erklärung «An die ausländischen Leser des Buches „Ueber mein Land und die Welt“, Moskau 1975.**

Aber jetzt zuhänden des AI-Pressesprechers eine Information, die er bis jetzt anscheinend noch nicht recherchiert hat:

Das Schweizerische Ost-Institut macht Research-Arbeiten und Uebersetzungen auch für Amnesty International.

Uebrigens gratis. Das SOI und die betreffenden Mitarbeiter tun das gerne. Als Unterstützung für die gute Sache von AI. Und das SOI wird das auch weiterhin gerne tun. An uns soll die Zusammenarbeit nicht scheitern.

Oder hätte ich sie jetzt zum Scheitern gebracht, weil ich erstmals öffentlich davon rede? Weil ein bekanntgewordener Umgang mit uns diskreditiert? Das wäre doch traurig für AI, die keinerlei «politische oder ideologische Rücksichten» nimmt, wie es in der Sendung hiess.

Logischer wäre eigentlich das andere: Wenn Herr Schoch die Zusammenarbeit mit uns als Gefährdung der Menschenrechte ansieht, müsste er da nicht seine Zugehörigkeit zu Amnesty International überdenken? Aber noch besser wäre es, wenn er sich jetzt ganz einfach ein klein bisschen schämen würde.

Aber wie immer: Heiner Schoch muss wohl zur Kenntnis nehmen, dass wir zwar entgegen seiner Darstellung nicht Bukowskij betreut haben, wohl aber Amnesty International.

Im Interesse der gemeinsamen Sache.

Christian Brügger

## Unsere Meinung

### Zum TV-Interview mit Bukowskij

Das Interview Balz Hosang—Wladimir Bukowskij scheint mir (meinen Eindruck kann der Leser anhand des vorgelegten Textes auf Seite 3 überprüfen) von den Fragen aus ein Musterbeispiel dessen zu sein, wovor der Beitrag angeblich warnen will: Missbrauch Bukowskij's zu einseitigen politischen Zwecken.

Die Methode ist die suggerierte Alternative. Entweder erklärt sich Bukowskij für befähigt, die innenpolitischen Konstellationen der Schweiz von seiner Ankunft an zu durchschauen, oder er räumt die Möglichkeit ein, von einseitigen (und selbstredend rechtsstehenden) Kräften für ihre Zwecke ausgenutzt zu werden. Entweder leugnet Bukowskij die Universalität des Kampfes für Menschenrechte, oder er anerkennt sie und distanziiert sich «somit» von jenen Kreisen, die sich auf den Kampf für die Menschenrechte in kommunistisch regierten Ländern spezialisiert haben und das womöglich sogar noch mit Systemkritik verbinden. Entweder erkennt Bukowskij seine einzig wahren Freunde unter den Leuten, die keine ideologischen Vorurteile haben (antikommunistische, versteht sich; eine sozialistische Weltanschauung wird man wohl noch haben dürfen), oder er schlägt sich im vornherein auf die Seite der inländischen Reaktion.

Der Wert solcher Alternativen ist einzusehen. Man stelle sich vor, zur Nazizeit wäre ein entlassener deutscher Politgefangener gefragt worden, ob er auch für seine Leidensgenossen bei den andernorts unterdrückten Frontisten eintreten wolle oder ob er Partei für die einseitig antinationalsozialistisch gesinnten Elemente ergreife. Der Vergleich mag im Detail falsch sein (es gibt — ist

anzunehmen — Kommunisten in Chile, die bloss ihrer Gesinnung wegen eingesperrt wurden, und es gab während des Krieges Frontisten, die trotz ihren über die Gesinnung hinausgehenden Taten nicht eingesperrt waren), aber er stimmt im Prinzip. Und er stimmt jedenfalls für alle unter uns, die im kommunistischen System nicht das Andersdenken bekämpfen, sondern dessen Abschluss, der allerdings weltanschaulich bedingt sein kann.

Mit der Suggestion der falschen Alternative hatte es im Bukowskij-Interview noch seine besondere Bedeutung. Dem kundigen Zuschauer wurde sofort (und dem andern im nächsten Sendeabschnitt) klar, welche hiesigen politischen Kräfte als unbefugt für eine Zusammenarbeit mit Bukowskij zu gelten hatten, aber sie wurden ihm gegenüber nicht politisch definiert, und selbst die konkrete Frage bezüglich «Glaube in der 2. Welt» erfolgte soweit in formaler Arglosigkeit. Der Fragesteller führte das Interview als Teil einer innenpolitischen Auseinandersetzung, an der Bukowskij weder teilhaben konnte noch wollte. Und was er allenfalls merkte, durfte er sich nicht anmerken lassen.

Um so bewundernswerter sind seine Antworten. Er verstand es, die suggerierte Alternative zu verneinen, ohne ihre Bestandteile zu refüsieren. Er bekannte sich zum Kampf für Menschenrechte und zu seiner spezifischen Rolle darin. Er sicherte dabei «Glauben in der 2. Welt» seine Unterstützung zu, und er sprach sich für die gegenseitige Unterstützung aller globalen Kräfte gegen Repression und Intoleranz aus. Und Bukowskij hat ausgesprochene Fangfragen pariert, ohne sie zu quittieren. Das war nicht bloss Geschick. Sondern die Ueberzeugungskraft eines Mannes, für den der Kampf um die Menschenrechte vom Kampf gegen den Totalitarismus nicht zu trennen ist. cb



Anderswo nimmt Amnesty International im Interesse der Menschenrechte gemeinsam mit Organisationen, die auf den Ostblock spezialisiert sind, an öffentlichen Demonstrationen teil. Wie die Brüsseler Zeitung «Le Soir» am 13. 12. 1976 berichtete, fand am 11. 12. 1976 in der belgischen Hauptstadt eine solche Kundgebung zugunsten von Gewissensgefangenen in der UdSSR vor der sowjetischen Botschaft statt. Aufgerufen hatte dazu das «Internationale Komitee für Gewissens- und Glaubensfreiheit», das unter anderem die «Christliche Vereinigung für die Kirche des Schweigens» und Amnesty International umfasst. (Bild: «Le Soir», Brüssel)